

Zürich, 16. November 2009

KR-Nr. 353/2009

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE von Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Matthias Kestenholz (Grüne, Zürich) und Françoise Okopnik (Grüne, Zürich)

betreffend Standesinitiative gegen Gigaliner auf Schweizer Strassen

Der Kanton Zürich reicht bei den Bundesbehörden eine Standesinitiative ein mit folgendem Wortlaut:

Der Bund wird aufgefordert, Gigaliner auf Schweizer Strassen keinesfalls zuzulassen.

Ralf Margreiter
Matthias Kestenholz
Françoise Okopnik

353/2009

Begründung:

Sogenannte «Gigaliner» sind bis zu 25 m lange und bis zu 60 Tonnen schwere Lastwagen. Die EU-Kommission prüft zurzeit, ob sie diese Riesenlaster flächendeckend auf ihren Transitachsen zulassen will. Sollte der Entscheid positiv ausfallen, gerät auch die Schweiz unter Zugzwang - dies nach bereits einmal auf EU-Druck erhöhter Gewichtslimite von 28 auf 40 Tonnen.

Die Schweiz hat sich mit der Annahme der Alpeninitiative im Februar 1994 zum Ziel bekannt, den Transitverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten wartet das Schweizervolk auf die Umsetzung des Alpenschutzartikels. Mit der Zulassung der 60-Tönnner wird der Transitverkehr auf der Strasse weiter angekurbelt, Alpenschutz und Verlagerungsziel werden weiter ausgehöhlt.

Monstertrucks gefährden zudem die Sicherheit aller anderen Verkehrsteilnehmenden. Es liegt auf der Hand, dass Unfälle umso gravierendere Folgen haben, je schwerer die Fahrzeuge sind. Weiter behindern Gigaliner durch ihre Länge den Verkehr. Und schliesslich werden durch die 60-Tönnner neue Kosten in Bau und Unterhalt der Strassen und Brücken anfallen, Geld, das andernorts dann fehlen wird. Insgesamt tragen Monstertrucks nicht zu einer nachhaltigeren Entwicklung des Güterverkehrs bei.

Als Kanton mit zahlreichen Nationalstrassen, die auch dem Transit offen stehen, wäre Zürich stark von der Zulassung von 60-Tönnnern betroffen. Auch wäre kaum zu verhindern, dass diese Monstertrucks auf den Strassen unserer Dörfer und Städte auftauchen, den Verkehr gefährden und die Infrastruktur beschädigen.